

Emischer Zeitung

Die „Emischer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und hohen Feiertage. Wochenbeilage: „Inkubiertes Emischer Sonntagsblatt“. — Inventionspreis: Die Petit-Beile oder deren Raum 15 Bl. — Reflektoren 4 Bl. — Verantwortlicher Redakteur: F. Dienst in Gelsenkirchen.

Früher:
Der Reichsfreund.
Sincere et constanter.

Abonnementspreis: Mark 2.50 vierteljährlich im Voraus. Man abonniert außer bei der Expedition in Gelsenkirchen, Marktstraße 13, bei allen P. Manfakturen und bei den Filial-Expeditionen: Aud. Glö. Berne: B. Walbed. Wanne. — Druck und Verlag von F. Dienst in Gelsenkirchen.

Allgemeines Organ für die Stadt Gelsenkirchen, für die Aemter Schalk, Ueendorf, Wanne und Herne. — Anzeigenblatt für Gerichts- und Militär-Behörden.

Die Debatte über die Postdampfer-Vorlage.

Was der „Reichsfreund“ mit den Worten: „Sechzig Millionen für das Behen der Reichspostdampfer in Ostasien und Australien!“ gegen die Postdampfer-Vorlage gesagt hat, das haben die Herren Bamberger und Richter in der ersten Lesung im Sonnabend, nur etwas umständlicher, wiederholt, und damit haben sie einen deutlichen Beweis geliefert, daß sie für nationale Interessen kein Wort und noch weniger einen Pfennig übrig haben.

Nun könnte man vielleicht annehmen, daß sie wichtige sachliche Gründe dagegen haben. In der That haben sie auch so gethan. Der eine führte aus, daß „keine Steuern zahlen“ ein größeres Vergnügen sei, als jährlich vier Millionen für das Behen der Reichspostdampfer auszugeben; daß es schon den bestehenden deutschen Dampferlinien schwer oder unmöglich gewesen sei, den Verkehr mit Ostasien und Australien in natürlicher Weise zu entwickeln, daß auch die vier Millionen das nicht bewirken werden, was private Anstrengungen nicht vermocht haben, daß man auch bei einer je hierwöchentlich deutschen Postdampferfahrt nicht der anderen fremdländischen Dampferverbindungen entgegen kommen könne, daß nur unabhängige Linien gut fahren, daß die bestehenden deutschen Schiffs-Unternehmungen durch die Subventionierung einer Rhein-Geleitschiffahrt benachteiligt würden, daß eine Rentabilität nicht im Voraus zu berechnen sei, kurz, daß die in Aussicht genommene Subvention „eine himmelschreiende Verschwendung von Staatsgeldern“ sei. Und der andere — Herr Richter — glaubte diese Gelegenheit sich nicht entgehen lassen zu können, um sich den Beifall der Handwerker, der Volksschullehrer und Postbeamten zu erwerben, denen er nachwies, wie wohl sie sich befinden könnten, wenn sie vier Millionen jährlich bekämen.

Daß diese Gründe aber zu derjenigen Sorte gehören, die so wolfeil wie Brombeeren sind, dürfte doch selbst denen, auf die sie berechnet sind, klar sein. Der Reichskanzler und der Generalpostmeister haben sich die Mühe gegeben, die Haltlosigkeit dieser „Gründe“ nachzuweisen. Im einzelnen sei bemerkt, daß das Behen der Reichspostdampfer den deutschen Steuerzahlern durch Vermehrung der überseeischen Geschäftsverbindungen und Erweiterung der Arbeitsgelegenheit vorausichtlich große Vorteile und erhöhten Wohlstand bringen wird, daß — wenn die bisherigen deutschen Dampferlinien nicht mit den ausländischen concurren konnten — hieran eben der Umstand schuld war, daß letztere von Staatswegen reichliche Unterstützung erhalten, während die Deutschen allein auf Selbsthilfe angewiesen sind; daß ferner die Errichtung regelmäßig fahrender deutscher Postdampfer nicht nur einen großen Teil des deutschen Verkehrs, sondern auch einen Teil des ausländischen an sich ziehen und die deutsche

Geschäftswelt in die angenehme Lage bringen wird, nicht mehr vollständig vom Auslande in dieser Beziehung abhängig zu sein; daß die neuen Dampferlinien ebenso wie neue Eisenbahnen den Verkehr vermehren und beleben und die alten daneben nicht nur ihre Rechnung finden, sondern neue Vorteile daraus ziehen werden, und daß die Handwerker, Volksschullehrer und Postbeamten doch auch noch ein Verständnis für die Pflege und Wahrung nationaler Interessen haben, die auch berücksichtigt werden wollen, daß im übrigen aber auch die fortschrittlichen Partei- und Wahlkörpers ihnen dieselben Vorteile, die ihnen Herr Richter jetzt vorspiegelt, gewähren könnten.

Von all den sogenannten sachlichen „Gründen“ bleibt also nichts übrig, und darüber werden sich gewiß die Herren selber auch nicht täuschen. In Wahrheit sind diese „Gründe“ aber auch nur ein Vorwand, um ihre Abneigung gegen die Förderung eines von der Regierung ausgehenden nationalen Unternehmens in möglichst unauffälliger Weise zu verbergen. Für ihre Opposition ist — ihre Reden waren zu durchsichtig, als daß es hätte verkannt werden können — einzig und allein das Interesse der Partei an einer grundsätzlichen Bekämpfung der politischen und wirtschaftlichen Richtung, wie sie von der Regierung vertreten wird, Ausschlag gebend. Sie hoffen gegen das nationale Unternehmen die Freihandelslehre mit Erfolg auszuspielen und die Regierung dadurch discreditieren zu können, daß sie ihre Vorlage an dem Maßstab eines kleinlich krämerhaften Fraktionsstandpunktes messen. Daß an einem derartigen Verhalten, welches sich selbst richtet, die gute nationale Sache scheitern könnte, ist nicht anzunehmen. Hoffentlich wird die Kommission, der die Vorlage überwiesen wurde, das ihrige dazu beitragen, sie dem gegenwärtig noch unsicheren Schicksale bald zu entreißen.

Zur Colonisation.

NLC. Berlin, 19. Juni. Man hatte vielfach erwartet, daß die Debatte über die Postdampfer-Subvention auch auf das Gebiet der Colonialpolitik hinübergreifen würde. Vielleicht ist es dem übereilten Schluß der Verhandlung zuzuschreiben, daß dies nicht geschehen ist. Es mag sich bezweifeln lassen, ob die Verbindung der Colonisationsfrage mit der Dampferfrage für die letztere von Nutzen gewesen wäre; auf der anderen Seite aber erscheint der Wunsch in der That berechtigt, daß jene immer weitere Kreise des deutschen Volkes interessierende Frage im Reichstage zur Sprache komme. Die allem Anscheine nach sehr populäre Bewegung leidet doch an manchen Unklarheiten, für deren Beseitigung eine öffentliche Verhandlung an der besten Stelle nur förderlich sein könnte. Vor allem aber würde es dankens-

wert sein, einmal Licht über die Stellung der Reichsregierung zu diesen Dingen verbreitet zu sehen. Bei der in der Colonisationsfrage so überaus reservierten und vorsichtigen Haltung unserer auswärtigen Politik wird man freilich nicht annehmen dürfen, von dem Leiter derselben ein umfassendes Colonisationsprogramm entwickelt zu bekommen. Aber wenigstens eine authentische Aufklärung über die vielbesprochene Angelegenheit von Angola Bequena würde man vielleicht erwarten dürfen. Die Angelegenheit ist bekanntlich jüngst im englischen Parlamente verhandelt worden, ohne daß die angeblich streitige Befragte dadurch irgendwie geklärt wäre. Um so willkommener würde es für uns Deutsche sein, wenn sich dem Reichstage die Gelegenheit böte, die Anschauung unseres auswärtigen Amtes über die Sache in Erfahrung zu bringen.

8* Aus der Krim melden russische Zeitungen eine ungewöhnliche Steigerung der Preise für Grund und Boden. Während es noch vor fünf Jahren schwer war, einen Käufer zu 10—12 Rubel pro Dessjätine zu finden, werden jetzt 40 und mehr Rubel gefordert. Die Käufer sind, wie im „Export“ hervorgehoben wird, meist Deutsche, in deren Händen in der Umgegend von Simferopol sich bereits ca. 70 000 Dessjätinen (à 3 Morgen) befinden, darauf sei sehr einträgliche Wirtschaften eingerichtet haben. Die deutschen Colonien auf der Halbinsel datiren aus den ersten Jahren dieses Jahrhunderts. Nach einem schweren Anfange haben sie sich allmählig zu beträchtlichem Wohlstande emporgearbeitet. Die Dörfer liegen hauptsächlich in den Kreisen Trojitska und Simferopol. Im östlichen Teile der Halbinsel (Trojitska) sind sie zusammengefaßt in dem Kirchspiel Zichichal, im Südwesten (Simferopol) im Kirchspiel Neufaj. Die Zahl der in den beiden Kirchspielen Eingepfarrten beträgt gegenwärtig ca. 4500. Da außerdem nicht wenige Katholiken in den Colonien leben, kann die Zahl der auf der Halbinsel lebenden Deutschen wol auf 6000 geschätzt werden. Im ganzen Gouvernement Taurien soll ihre Zahl über 50 000 betragen. Die Grundlage ihres Wohlstandes bildet der Weizen- und Kartoffelbau, sowie Wein- und Obstkultur. Die deutschen Colonisationsdörfer mit ihren hübschen und wohlgebauten Häusern und wohlgepflegten Gärten bilden wahre Kulturoasen im Lande, überall sorgen Schulen für die Erhaltung nationaler Eigenart und Ueberlegenheit und die heutige Nachricht von den bedeutenden Landankaufen unserer Stammesbrüder zeugt von dem wirtschaftlichen Empfortreiben und der kräftigen Initiative, die den Deutschen in Rußland überall ansehnlich.

†§ Deutscher Reichstag.

35. Plenarsitzung vom 18. Juni 1884.
Der Abg. Baasche (5. Wahlkreis Mecklenburg-Schwerin) hat sein Mandat infolge seiner Ernennung zum ordentlichen Professor in Marburg niedergelegt.

Das Haus setzt die Beratung über die Unfallversicherungsvorlage bei dem wichtigen § 9 fort. Derselbe handelt von dem Träger der Versicherung. Er schließt die Privatgesellschaften von der Versicherung aus, indem er dieselbe auf gesetzlich normierte Körperschaften von öffentlich-rechtlichem Charakter (Berufsgenossenschaften) überträgt. Die Berufsgenossenschaften sind für bestimmte Bezirke zu bilden und umfassen innerhalb derselben alle Betriebe derjenigen Industriezweige, für welche sie errichtet sind. Hierzu beantragen die Abgg. Barth und Genossen: 1. dem Abg. folgende Fassung zu geben:

„Die Versicherung ist durch die Unternehmer der unter § 1 fallenden Betriebe bei einer zu diesem Zwecke im Deutschen Reiche zugelassenen Versicherungsanstalt (Genossenschaft oder sonstigen Versicherungsgesellschaft) zu bewirken“. (Durch würden also die Berufsgenossenschaften beseitigt.) Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages wollen die Antragsteller diejenigen Unternehmer, welche den Nachweis führen, daß sie die Versicherung bei einer im Deutschen Reiche zugelassenen Versicherungsanstalt bewirken haben, von der Verpflichtung des Beitritts zu einer Berufsgenossenschaft befreit wissen. (Danach sollen also die Privatgesellschaften neben den Berufsgenossenschaften bestehen bleiben.)

In Verbindung hiermit steht ein Antrag des Abg. Dechelhäuser — der indes erst an der betreffenden Stelle zur Debatte gestellt werden soll — hinter § 30 einen neuen Paragraphen einzufügen, demzufolge die Genossenschaftsvorstände befugt sein sollen, mit im Reiche zugelassenen Versicherungsanstalten Verträge behufs Uebernahme des Risikos und der Verwaltung abzuschließen.

In der Debatte wendet sich zunächst Abg. Richter (Hagen) in scharfer Weise gegen die Haltung der Nationalliberalen in dieser Frage. Dieselben hätten eine Schwenkung vollzogen, wie sie in dieser Weise im Parlamente sich noch nicht vollzogen habe. Diese Schwenkung allein habe zur Folge, daß das Gesetz jetzt mit großer Mehrheit zur Annahme gelangen werde. Noch in der ersten Lesung hätten die Wortführer der nationalliberalen Partei die großen Verdienste der Privatversicherungsgesellschaften auf diesem Gebiete anerkannt und erklärt, daß alle Veranlassung vorliege, sich bei der weiteren Entwicklung dieser Gesetzgebung an diese bewährte Organisation anzuschließen. Man hätte deshalb erwarten sollen, daß Herr Dechelhäuser in seinem Antrage von seinem früheren Standpunkte wenigstens etwas bewahrt hätte. Dieser Antrag schließt aber von vornherein jeden direkten Verkehr der Privatversicherungsgesellschaften mit den Versicherten aus. Dieses Amendement sei nichts weiter als ein Rückzug der Nationalliberalen. Er hätte nun nichts dagegen, wenn sich dieselben in dieser Weise selbst schädigen, aber ihr Verhalten sei geeignet, das

Schloß Wilhelmsthal.

Novelle aus den schweren Tagen der Fremdherrschaft von A. Norden.

„Mademoiselle, ich darf Sie nicht in Ungelegenheiten bringen, nachdem ich so bereitwillige Hilfe von Ihnen empfangen. Wie ich gekommen, so verschwinde ich wieder. Leben Sie wohl!“
„Um dann sogleich gefangen und zum sicheren Tode geführt zu werden?“ rief das junge Mädchen angstvoll.
„Nein, nein, das kann ich nicht zugeben. Ich muß Sie retten! Kommen Sie! Rasch dort hinein in mein Wohnzimmer, es hat noch eine Thür.“

„Fräulein,“ unterbrach sie Toinette, „ich mußte die Thür vom Corridor zu Ihrem Wohnzimmer offen lassen, so verlangten die Soldaten. Um Himmelswillen, sie warten nur so lange, bis Sie völlig angekleidet sind, um dann auch hier im Zimmer Nachsuche zu halten.“

„O, mein Gott!“ rief Madeleine, „will soll ich Sie verbergen? Was wird man denken?“
„Nicht einen Augenblick dürfen Sie sich meinetwegen beunruhigen,“ rief der junge Mann, „ich schnell erheben.“

„Madeleine streckte abweichend die Hände aus. „Nein, ich dulde es nicht, ich lasse Sie nicht fort! Aber wo verberge ich Sie?“ fragte sie sich ratlos.“

Draußen wurde der Lärm größer, das lautere Sprechen verriet, daß die Soldaten ungeduldig wurden.

„Schnell, Fräulein, Sie müssen Ihre Toilette beenden! Mein Gott, Sie sind noch nicht angezogen!“ sagte Toinette.

„Madeleine beachtete die Worte nicht. Sie rang verzweiflungsvoll die Hände und blickte erschrocken im Zimmer umher.“

„Ich weiß, o, ich weiß einen Ausweg!“ rief die Kammerfrau plötzlich, beinahe jauchzend. „Hier herein, mein Herr, schnell!“

Sie öffnete die Thür einer großen, tiefen Wandnische, die fast den Umfang eines kleinen Zimmers hatte und dem Fräulein als Garderobenschrank diente.

„Hier müssen Sie sich verstecken, nur schnell, und verbergen Sie sich in der hintersten Ecke. Man wird es nicht wagen, bei der Hofdame der Königin Katharina so eingehende Hausdurchsuchung zu halten. Dann kann das Fräulein sich ankleiden und wir lassen die Soldaten herein.“

Der junge Mann war, der Weisung folgend, in den Kleiderschrank getreten, seine schlanke Gestalt verschwand spurlos in dem tiefen Raum, indem die seidenen und sammetnen Kleider über ihm zusammenrauschten.

„Und nun, Fräulein, schnell!“ eiferte Toinette, während sie die letzten Spuren der Gegenwart des jungen Fremden verwischte, „Sie müssen sich ankleiden!“

„Madeleine verschwand hinter einem hohen, japanischen Schirm. In Hast war das Kleid übergeworfen, und während die Jofe noch an den Spitzen und Schleifen desselben nestelte, warf die junge Dame einen rosaroten Crepp-Schawl um die Schultern und streifte über die schmalen Hände die Handschuhe von schwarzem Fiset.“

Schon klopfte es wiederholt an die Thür des Schlafzimmers und herrlich erscholl das Commando: „Im Namen des Königs, öffnet!“

„Mon Dieu!“ rief Toinette ängstlich. „Näht man denn eine Dame vom Dienst ihrer Majestät nicht einmal Zeit, sich anzukleiden? Welche Dreistigkeit! Ich komme ja schon! Sie müssen Geduld haben, sonst werden wir Beschwerde führen!“

„Wir haben schon zu lange gewartet!“ tönte es von außen zurück, „und haben strengen Befehl, jeden Raum, ohne Ansehen der Person, zu untersuchen, da der Verräter noch im Schloße verborgen sein muß und man ihn gerade in diesem Flügel vermutet.“

Ein leises Bittern überfiel Madeleine, aber die Jofe flüsterte:

„Mut, Mut, Fräulein, sonst ist alles verloren. Wir dürfen den schönen, jungen Mann doch nicht verderben lassen!“

Sie rief der Herrin Stirn und Schläfe mit einer stürzenden Effenz, und Madeleine, wenngleich sehr bleich, hatte doch vollständig ihre ruhige Haltung wiedergewonnen.

Toinette öffnete die Thür, und herein traten die Soldaten, an ihrer Spitze der Corporal.

Galant verbeugte sich der Franzose vor der jungen Dame, die ihm mit dem ganzen Hochmut, den sie zur Verfügung hatte, entgegentrat.

„Ich bin erkrankt, Monsieur,“ sagte sie, „wie Sie in dem Schlafzimmer einer Hofdame Ihrer Majestät einen Verbrecher vermuten können. Raum fand ich Zeit, nur notdürftig meine Toilette zu vollenden, so ungestüm war Ihr Drängen.“

„Wir haben vielleicht schon zu viel Mühsicht genommen, Mademoiselle,“ versetzte der Corporal,

„und durch unser Zögern ist der Flüchtling entwischt.“

„Aber Sie werden doch nicht glauben, daß ich einen Landesverräter —“

„Wir glauben gar nichts, Mademoiselle, sondern folgen nur dem Befehl, alles zu untersuchen.“

Der Corporal hatte sich dem Bette, das im Hintergrunde des Zimmers stand, genähert und schlug die seidenen Vorhänge desselben aus einander. Auf dem Bett lag ein phantastischer Maskenanzug.

„Nun, Sie werden doch das goldgestickte Kleid der Sternkönigin, das mein Fräulein heute Abend auf dem Hofest tragen soll, nicht für den Rock des Verbrechers halten?“ fragte Toinette mit etwas gezwungenem Lachen.

Mittraulich sah der Corporal sie an.

„En avant,“ rief er seinen Kameraden zu, „hier ist nichts,“ nachdem er die Vorhänge des Bettes genau untersucht hatte, „aber das Gemach ist groß und tief, und mancher Winkel ist zum Verstecken geeignet.“

Jeder Schrank wurde von seinem Platz entfernt, jeder Vorhang gelüftet, und schon wollten die Verfolger sich zurückziehen, Madeleine atmete erleichtert auf, sie sah sich endlich aus dieser peinlichen Situation befreit, da rief einer der Soldaten:

„Hier ist noch eine Thür, die, wie es scheint, in einen Gang oder in ein anderes Zimmer führt.“

„Öffnet sie!“ gebot der Corporal. Die Thür des Kleiderschranks flog weit auf; ein Chaos von Toiletten zeigte sich dem Auge. „Durchsucht den Raum!“ ertönte wieder das Commando.

Ansehen des Parlaments auch nach außen hin schwer zu schädigen.

Abg. Dr. Windthorst hätte auch gewünscht, daß die Zulassung der Privatgesellschaften thunlich gewesen; die Commission habe indeß geglaubt, daß bei der Zulassung einer solchen Concurrenz den Privatgesellschaften das Angenehme des Geschäfts, den Berufsgenossenschaften aber der weniger angenehme Teil zugefallen wäre. Aus diesen sachlichen Gründen habe man jenen Gedanken aufgeben müssen. Auch habe man nicht außer Acht lassen dürfen, daß die Beibehaltung der Privatversicherungsgesellschaften gleichbedeutend wäre mit dem Nichtzustandekommen des Gesetzes überhaupt. Uebrigens kündigt er für die dritte Lesung eine Resolution an: An den Bundesrat das Ersuchen zu richten, in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise die durch den Ausschluß der Privatversicherungsgesellschaften in ihrem Erwerbe beeinträchtigten Personen zu entschädigen seien.

Abg. Dechelhäuser betont, daß wol niemand im Hause die Wahrung der Ehre des Parlaments Herrn Richter allein anvertraut zu sehen wünschte. Er und seine Freunde würden auch in dieser schwierigen Frage die Ehre des Parlaments zu wahren wissen. Redner rechtfertigt sodann sein Verhalten gegenüber den Angriffen des Abg. Richter, indem er auf die Verhandlungen innerhalb der Commission verweist, aus denen sich ergebe, daß die nationalliberalen Mitglieder ihren Standpunkt bezüglich der Privatversicherungsgesellschaften von Anfang an festgehalten, daß sie aber in der Commission unterlegen seien. Jetzt sei man an einem Stadium angelangt, wo es sich um die Frage der Annahme oder Ablehnung der Vorlage handele; sein Antrag bezwecke nun, einen vermittelnden Standpunkt einzunehmen, und er hoffe, daß die Regierung die Sache sich noch einmal überlegen und schließlich dem Antrag zustimmen werde. Wenn die Nationalliberalen gegen den Antrag der freisinnigen Partei stimmen, so geschehe das nicht aus Feindseligkeit, sondern weil sie glaubten, daß angesichts der eigentümlichen Lage nur auf dem Wege der Vermittlung etwas zu erreichen sei.

Abg. Dr. Barth wendet sich in seinen Ausführungen ebenfalls gegen die Haltung der Nationalliberalen und tritt sodann mit großer Entschiedenheit für die Privatversicherungsgesellschaften ein, für deren Ausschließung aus einem großen Zweige ihrer Thätigkeit sachliche Gründe vorlägen. Er folgert daraus, daß nicht die Unfallversicherung, sondern die Kreierung dieser Zwangsberufsgenossenschaften der Hauptgrund für die Vorlage sei. Deshalb sei die Vorlage für ihn und seine Freunde unannehmbar.

Staatssecretär des Innern, Staatsminister v. Bötticher ist ersucht darüber, daß der Vorredner noch immer nach den Gründen der Ausschließung der Privatgesellschaften frage. Diese Gründe seien seit dem Jahre 1881 so viel besprochen worden, daß er die Ausführungen des Vorredners nicht begreife. Der Hauptgrund für den Ausschluß sei der, daß auf dem Wege der Zulassung der Privatgesellschaften eine so gründliche und absolute Garantie für die Befriedigung der Versicherten nicht herzustellen sei, wie auf dem Wege der Zwangsberufsgenossenschaften. Diese Gründe zu beleuchten, habe der Vorredner vorförmlich unterlassen. Er habe schon in der Commission ausdrücklich hervorgehoben und wiederhole hier, daß bei dem Eintritte eines umfassenden Unglücks die Gesellschaften gar nicht in der Lage wären, die nötigen Deckungsmittel zu beschaffen; eine Reichsgarantie, die der Vorredner gleichfalls perhorrescirt, könne dem Arbeiter unter allen Umständen zu seinem Rechte verhelfen. Es gebe schon jetzt Privatgesellschaften, welche ein einigermaßen bedeutendes Risiko nicht tragen können, die falls 100 Arbeiter einmal plötzlich von einem Unfall betroffen würden, bankrott werden müßten. Auch auf dem Wege der Rückversicherung sei nicht die Garantie gegeben, daß die Privatgesellschaften ihren Verpflichtungen nachkommen könnten in dem Moment, wo eine erhebliche Anforderung an sie herantrete. Er bestreite positiv, daß durch dieses Gesetz die Geschäfte der Privatgesellschaften in einer Weise geschädigt würden, daß sie nicht mehr existieren können; es bleibe ihnen noch ein weites Feld für ihre Thätigkeit außerhalb des Rahmes dieses Gesetzes. Und wenn es wahr wäre, daß die Gesellschaften auf diesem Gebiete mit Unterbilanz arbeiten, dann sollte man doch den Gesetzgeber segnen, der sie von diesen Geschäften befreit. Wenn sie aber umgekehrt mit großem Nutzen operirten, dann wäre es doch geboten, diese Vorteile den Arbeitern selbst zu gewähren. Er bittet, den Commissionsbeschlüssen unverändert zuzustimmen und auch nicht auf den Antrag Dechelhäuser einzugehen.

Abg. Frhr. von Maltzahn-Galk verweist darauf, daß bezüglich des § 9 zwischen den Fractionen der Rechten und des Centrums ebenfalls divergirende Ansichten bestanden hätten, die aber in der Commission ihre Lösung gefunden haben. Man habe beiderseitig ein Entgegenkommen gezeigt, ein mehreres thäten auch die Nationalliberalen nicht. Von der freisinnigen Partei habe er erwartet, daß sie dem Gesetze zustimmen würde. Wenn Herr Barth nach den Gründen frage, weshalb man die Privatgesellschaften ausschließen wolle, so möchte er die Gegenfrage an ihn richten: was ihm höher stehe, das Interesse der Arbeiter oder das Interesse der Privatgesellschaften? Er erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag Dechelhäuser und befürwortet seinerseits einen von ihm gestellten, mehr nebensächlichen, wesentlich redactionellen Antrag, der sich an das Krantenlosgesetz anknüpft und in der Hauptsache darauf hinausgeht, daß bei etwaigen Rechtsansprüchen die Klage nicht gegen den Genossen-

schafter, sondern gegen die Genossenschaft als Ganzes zu richten sei.

Abg. Bayer (Volkspartei) erklärt, daß er und seine politischen Freunde der Vorlage in ihrem Grundgedanken sympathisch gegenüberstünden, in einigen Punkten der Commissionsbeschlüsse müßten sie ihren abweichenden Standpunkt aber aufrecht erhalten. Dazu gehöre auch der § 9. Wenn nicht wenigstens die facultative Zulassung der Privatgesellschaften beschlossen werde, würde er mit seinen Freunden gegen das ganze Gesetz stimmen. Mit der von dem Abg. Windthorst beantragten Resolution könne er sich nicht trösten, denn man habe gar keine Sicherheit, daß der Bundesrat dieselbe zur Ausführung bringen werde. Die bei den Privatgesellschaften fehlende Garantie für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen würde leicht durch die Aufsichtsbehörde festzustellen sein; dafür, daß die Berufsgenossenschaften imstande sein werden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, fehle es aber an jeder Garantie.

Staatssecretär des Innern, Staatsminister v. Bötticher tritt diesen Ausführungen entgegen. Wenn der Vorredner auch bei den Berufsgenossenschaften die nötige Garantie vermisse, so habe er zu bemerken, daß dieselbe schon in der Begrenzung der Genossenschaften auf einzelne Industriezweige zu finden ist. Dadurch werde die Leistungsfähigkeit wesentlich gesichert. Diese Gewähr habe man bei den Privatgesellschaften niemals. Wenn behauptet worden, daß der Fiskus sich ebenfalls auf unbegründete Prozesse einlasse, so vergesse man, daß der Fiskus nach der Construction dieses Gesetzes vollständig ausscheidet. Nach diesem Gesetze habe der Arbeiter nicht mit dem Fiskus, sondern nur mit der Berufsgenossenschaft zu thun, welche sich in jedem einzelnen Falle mit der Frage zu beschäftigen hat, ob ein Unfall passiert ist. Ein Streit könne höchstens über die Höhe des Arbeitsverdienstes entstehen, und darüber entscheide ein Schiedsgericht. Der Vorredner habe gemeint, daß, wenn das Gesetz angenommen würde, tausende von Arbeitern außer Brot kommen würden. Mit dergleichen Argumentationen könne man keinen Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete machen. Es sei aber auch nirgends gesagt, daß die alten brauchbaren Kräfte für die neue Organisation nicht Verwendung finden sollen. Ein großer Teil der entbehrlich werdenden Kräfte würde vielmehr auf dem neuen Gebiete volle Verwendung finden. Uebrigens sei keine Versicherungsform so geeignet, Unfälle zu verhüten, als die Berufsgenossenschaften, denn es könnten mehr Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen getroffen werden. Mit dem Antrage Maltzahn sei er einverstanden.

Abg. Dr. Buhl wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Richter, die er insofern als unbegründet zurückweist, als er niemals eine so hervorragende Stelle in der nationalliberalen Partei eingenommen habe, wie sie ihm Herr Richter zuweisen scheint. Er rechtfertigt sodann sein Verhalten in der vorliegenden Frage im Sinne der Ausführungen des Abg. Dechelhäuser.

Abg. Schröder tritt ebenfalls für Zulassung der Privatversicherungsgesellschaften ein und betont namentlich den Umstand, daß das Gesetz erst am 1. October 1886 in Kraft treten solle.

Staatssecretär des Innern, Staatsminister v. Bötticher bezeichnet es als ein Mißverständnis, daß das Gesetz erst am 1. October 1886 in Kraft treten solle. Eine solche Erklärung sei von niemandem abgegeben worden; er könne im Gegenteil versichern, daß die Regierung mit der Organisation schon früher fertig sein werde.

Abg. Richter (Hagen) unterzieht noch einmal die Inconsequenz der Nationalliberalen einer längeren Kritik und bestreitet, daß er und seine politischen Freunde des Selbstinteresses wegen eine Vertreibung der Privatgesellschaften übernehmen hätten, es geschehe nur, weil durch die Concurrenz den Versicherungsnehmern größere Vorteile geboten würden, und weil auf diese Weise der Zweck besser zu erreichen sei, als auf dem Wege des staatlichen Versicherungsmonopols.

Nach einer kurzen Entgegnung des Staatssecretärs v. Bötticher und der Erklärung des Abg. Frhrn. Langwerth von Simmern, daß er für den eventuellen Antrag Barth stimmen werde, wird ein Vertagungsantrag gestellt.

Auf Antrag des Abg. Richter (Hagen), der sich verlegt fühlte, daß ihm die Gelegenheit genommen, dem Herrn Staatssecretär zu antworten, wurde über denselben namentlich abgestimmt; derselbe aber mit 128 gegen 104 Stimmen vom Hause angenommen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Principalantrag Barth abgelehnt; ebenso der eventuelle Antrag (die Privatgesellschaften neben den Berufsgenossenschaften zuzulassen) in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 68 Stimmen verworfen.

§ 9 wird hierauf in der Fassung der Commissionsbeschlüsse mit dem Amendement Maltzahn mit großer Majorität angenommen. Um 4^{1/2} Uhr wird sodann die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Politische Tages-Rundschau.

7. Berlin, 19. Juni. Der Reichstag genehmigte in seiner heutigen Sitzung, der längere Zeit auch der Herr Reichskanzler Fürst von Bismarck bewohnte, ohne jedoch in die Debatte einzugreifen, zunächst die Literarconvention mit den Niederlanden definitiv in dritter Lesung, und setzte darauf die Beratung über die Unfallversicherungsvorlage bei § 10 fort. Derselbe handelt von der Ausbringung der Deckungsmittel, für welche von der Commission in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage das Umlageverfahren adoptirt worden ist. In der Discussion wurde dieses Ver-

fahren von den Rednern der Linken, den Abg. Sonnemann, Dr. Hirsch, Dr. Barth und Böwe, als unsolid und, sofern es die Gegenwart zum Nachtheile der Zukunft entlaste, als ungerecht entchieden befürwortet, und dagegen das sogenannte Anlage-(Capitalbedeckungs-)Verfahren in Vorschlag gebracht, demzufolge für die jährlich eintretenden Verpflichtungen sofort die ganze Summe, welche zur entgeltlichen Deckung dieser Verpflichtungen voraussichtlich erforderlich wird, aufgebracht werden muß. Andererseits trat für die Vorlage sehr bestimmt Staatssecretär von Bötticher ein, der dabei von dem Abg. Leuschner (Eisleben), Dr. Marquardt, Dr. Frege und Dr. Windthorst nachdrücklich unterstützt wurde. Der Herr Staatssecretär legte des Näheren dar, daß die Gründe, welche die verbündeten Regierungen bestimmen, für jetzt das Umlageverfahren in Vorschlag zu bringen, darin beständen, daß dasselbe der Industrie die Uebernahme der neuen Lasten erleichtere und eine Zinssparnis ermögliche, da eine Capitalanlage vermieden werde. Auch gestatte dieses Verfahren eine Erleichterung der Verwaltung, vermeide eine ungleichmäßige Belastung der einzelnen Jahre und vermindere die Verantwortlichkeit der Verwaltungsorgane. Außerdem müsse man sich hüten, ein Verfahren zu adoptiren, welches unter Umständen dazu führen könne, unsere Industrie auf dem Weltmarkt concurrenzunfähig zu machen. Die Majorität schloß sich diesen Ausführungen an und lehnte die von dem Abg. Dr. Barth beantragte Einführung des Capitalumlageverfahrens in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 76 Stimmen ab, beschloß aber zugleich auf den Antrag Buhl und Genossen zu § 18 einen dahin gehenden Zusatz, daß auf Antrag des Genossenschaftsvorstandes die Genossenschaftsversammlung mit Genehmigung des Reichsversicherungsamtes jederzeit weitere Zuschläge zum Reservefonds beschließen, sowie bestimmen könne, daß derselbe über den doppelten Jahresbedarf erhöht werde. — Eine kurze Debatte knüpfte sich sodann an den § 33, welcher bestimmt, daß Berufsgenossenschaften, welche leistungsunfähig werden, auf Antrag des Reichsversicherungsamtes von dem Bundesrate aufgelöst werden können, und daß mit der Auflösung der Genossenschaft deren Rechtsansprüche und Verpflichtungen auf das Reich übergehen sollen. Ein Antrag auf Streichung dieses Paragraphen wurde abgelehnt und § 33 sowie die folgenden §§ 34—40 unverändert in der Fassung der Commission genehmigt.

§* Der Bundesrat beriet in seiner heutigen Sitzung das neue Dröstenvergeß, welches namentlich in bezug auf den Warenverkehr in den Ausschüssen erhebliche, dem Zustandekommen des Gesetzes förderliche Abänderungen erfahren hat. Der Entwurf wird dem Reichstage dieser Tage zugehen.

N.C. Deutschfreisinnige Redner und Zeitungen fließen über von Entrüstung über die nationalliberale Partei, weil sie beim Unfallversicherungsgesetz in einigen technischen Einzelheiten, die sie nach ihren Wünschen zu regeln außer Stande ist, nachgiebt. Seit der Vereinbarung über die Justizgesetze ist die Hege gegen die Nationalliberalen nicht in so zügelloser Weise betrieben worden. Aus der maßlosen Heftigkeit der Angriffe spricht die Angst vor dem neuen Aufschwung der verhassten Partei. Den Deutschfreisinnigen steht es aber am allerbeliebsten zu Gesicht, bei andern Parteien von Wankelmuth, Abfall, Gefinnungslosigkeit und dergl. zu reden und sich mit ihrer eigenen Charakterfestigkeit und Ueberzeugungsstärke zu brüsten. Wenige Wochen erst sind es her, daß diese Partei ein feierliches stolzes Manifest erließ, worin die Zurückweisung aller Ausnahmegeetze an der Spitze stand, und als unmittelbar darauf das Socialistengesetz zur Entscheidung stand, da fielen diese Männer mit den felsenfesten Charakteren bußendweise aufs Kläglichste um. Und damals handelte es sich nicht um verwickelte technische Fragen, über die ein sicheres Urtheil heutzutage überhaupt noch nicht möglich ist, sondern um höchst einfache, aber auch höchst fundamentale Principien.

Wenn eine Partei eine so über alle Begriffe kläglich und in allen Zeiten und von allen Parteien unerreichte Leistung erst wenige Wochen hinter sich hat, so würde ihr wirklich etwas Befcheidenheit geziemen.

N.C. Im Seniorencorvent des Reichstags verständigte man sich heute dahin, daß außer dem Unfallgesetz nur noch das Actiengesetz zur Erledigung kommen, alles, was sonst noch an Regierungsvorlagen vorhanden, zurückgestellt werden soll. Außerdem sollen noch die Anträge Aldermann und Windthorst zur dritten Lesung kommen und die Anträge der Wahlprüfungscommission auf Ungültigkeitserklärung zur Entscheidung gebracht werden. Der Schluß der Session würde so in etwa 14 Tagen erfolgen. Von einer Vertagung ist gar keine Rede gewesen.

* Andererseits wird uns mitgeteilt: Die Annahme, daß die Berufung des Reichstags zu einer Nachsession beabsichtigt werde, erhält sich. Es werden sogar schon bestimmte Termine genannt. Man sagt, die Vertagung werde am 28. d. M. eintreten und die Nachsession vom 15. September bis zum 20. October währen. Eine Garantie für diese Angaben läßt sich schwerlich geben.

N.C. Die gestrige Sitzung der Budgetcommission hat unzweifelhaft ergeben, daß die Majorität, bestehend aus den Mitgliedern der Deutschfreisinnigen und des Centrums, darin einig ist, den Gesetzentwurf betreffend die Dampfschiffsubvention in der Commission zu begraben. Es ist dies durch die Annahme eines von dem Abg. Richter vorgeschlagenen Verfahrens zum Ausdruck gelangt, wonach vor dem Eintritt in die Discussion die Regierung über

eine Menge von Fragen Informationen geben soll. Systematisch wird deshalb die allgemeine Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten, das postalische, wirtschaftliche und Amiralitätsinteresse bei der Einrichtung der directen Dampferlinien nach Japan und Australien zur Discussion kommen. In der gestrigen Sitzung gelangte nicht einmal die Erörterung der allgemeinen Finanzlage zum Abschluß, und es ist charakteristisch, daß Herr Richter die Berufung der zweiten Sitzung auf den nächsten Donnerstag, also nach 8 Tagen beantragte. Das war selbst den Bundesgenossen zu stark, und auf Windthorst's Vorschlag wurde der nächste Montag bestimmt. Wir nehmen nach diesem Vorgange an, daß die Commission mindestens 10—14 Tage gebraucht, um ihre Arbeiten abzuschließen. Das heißt, daß das deutsche Volk sich nicht der Hoffnung hingeben darf, von dem gegenwärtigen Reichstage eine Entscheidung über die wichtigste Frage zu erhalten. Leider müssen wir dies mit der Ueberzeugung constatiren, daß bei der Heftigkeit der Opposition seitens der Deutschfreisinnigen und der Coalition derselben mit dem Centrum die Majorität des Reichstages die Vorlage ablehnen würde.

N.C. Der Abg. Windthorst hat zum Unfallversicherungsgesetz folgende Resolution beantragt: Der Reichstag wolle beschließen, den Bundesrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise die durch den gesetzlichen Ausschluß der privaten Unfallversicherungsgesellschaften in ihrem Erwerbe beeinträchtigten Bediensteten jener Gesellschaften zu entschädigen seien.

§* Die Wahlprüfungscommission des Reichstags beschloß heute gegen eine Stimme die Wahl des Abg. Reich (3. Sachsen) für gültig zu erklären. — Die Commission für Abänderung der Strafproceßordnung ist heute Vormittag zu einer Beschlußfassung nicht gelangt. Der Abg. Schröder-Wittenberg brachte eine motivirte Tagesordnung ein, wonach die Frage der Wiederherstellung der Berufung in Strafsachen noch nicht genügend geklärt sei. Die Abstimmung erfolgt in einer Abend-sitzung. — Die Budgetcommission, welche gestern Abend über die Dampfersubventionsvorlage beriet, hat gleichfalls noch keinen Beschluß gefaßt. Von „freisinniger“ Seite wurde die Vorlage „aus Sparankheitsrücksichten“ bekämpft.

§* Aufgrund des Socialistengesetzes sind eine Anzahl Nummern der „New-Yorker Volkszeitung“ und des dazu gehörigen Sonntagsblattes verboten worden.

* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt über angeblich entdeckte neue Attentatspläne, bei welchen die Person des Kaisers und Königs mit ins Spiel gezogen werde, daß namentlich alle diese Mittheilungen, welche sich auf die Allerhöchste Person und deren Entschlüsse beziehen, vollkommen aus der Luft gegriffen sind. Unsere Mittheilungen aus Wiesbaden werden hierdurch bestätigt.

** Die Kaiserin verließ gestern Mittag 12 Uhr 30 Min. Baden und traf 5 Uhr 45 Min. nachmittags in Coblenz ein.

** Der Reichskanzler Fürst Bismarck stattete heute dem russischen Vorkämpfer Fürsten Orlov einen Besuch ab und unterhielt eine längere Besprechung mit demselben.

N.C. Am 22. Juni mittags 12 Uhr findet, wie bereits kurz erwähnt, in Breslau im Saale der Neuen Börse ein schlesischer nationalliberaler Parteitag statt. Die Einladung ist von einer größeren Anzahl angesehener schlesischer Parteigenossen unterzeichnet; auch haben die Abg. Staatsminister a. D. Hobrecht und Professor Dr. Gneist ihr Erscheinen zugesagt. Wie es dem Anschein hat, wird der Parteitag aus allen Theilen der Provinz, besonders aber aus Nieder- und Mittelschlesien sehr zahlreich besucht werden.

* Die „Strasburger Post“ teilt mit, daß durch Erlaß des Statthalters unter Anwendung des Dictaturparagraphen die örtliche Verwaltungsstelle der Hamburger Krankenkasse aufgelöst und der Tröbder Schmitz, Vorsitzender des Arbeiterfortbildungsvereins, und der Maler Dieber, Vorsitzender des Vereins „Germania“, ausgewiesen wurden. Im Zusammenhang hiermit wurde durch Verfügung des Bezirkspräsidenten dem Arbeiterfortbildungsverein und dessen Krankenkasse sowie dem Verein „Germania“ und dessen Krankenkasse die Genehmigung zum Fortbestehen entzogen. Es handelt sich um socialdemokratische Umläufe.

* Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt über die Unterredung des Fürsten Bismarck mit dem Vorkämpfer des Aeltesten-Collegiums, Geh. Rath Mendelssohn:

„Daß Fürst Bismarck erklärt habe, man werde alle Schritte, die eine Benachtheiligung des Handels herbeizuführen geeignet wären, möglichst vermeiden, kann als richtig angenommen werden, wie ja auch die vom Bundesrat beschlossenen Aenderungen des Entwurfs diese Tendenz deutlich kennzeichnen. Außerdem verlautet, daß der Reichskanzler nicht umhin konnte, dem Geh. Rath Mendelssohn seine Unzufriedenheit auszudrücken über das Gesamtverhalten der von ihm vertretenen Körperschaft, welche sich gegen alle finanziellen und wirtschaftlichen Pläne der Regierung bisher durchaus feindselig verhalten habe.“

* Aus Hamburg, den 18. Juni, ist an den Reichskanzler eine Petition um Einführung einer surtaxe d'entrepôt abgegangen. Sie ist unter Schreiben von etwa 50 namhaften Kaufleuten hauptsächlich der Colonialwarenbranche angehört.

An der Spitze stehen Theodor Wille, soda Heinrich Donner, Emil Bahl u. Co. Die Petition ist bekannt gegeben, auch gestattet.

* Soweit bis jetzt gewählt: 224 Liberale, 57 Candidaten der Unabhängigen, 17 Anticarl Neudtwich, 16 Partei und 11 keiner.

* Gelsenkirchener Zeitung (Dortmund) wollen unter 1. „Demokratische Blätter“, Probenummer wird u. will in allen Culturkreisen eine wahre Volksherrschaft. „Insbesondere ist Fortschrittspartei mit in der alten Demokratie Namen Waldeck a solchen Sammelplatz den demokratischen Volks Ausdruck gibt. Man sollte nun an Herren den Namen Witten sich dieselben auch Vaterland erinnern. einer Polizeibehörde an mit dem Socialistengesetz neuen Herren von der

* Breslau, 1. Ratholikenversammlung, voraussichtlich hier statt.

Provinzial

* Gelsenkirchen, 2. berge soll am nächsten die Grundsteinlegung pfarrer wird eine Anberger Gesangsverein. Dann hält der Comite worauf die Kapsel m Stein gelegt, und der Herr Regierungspräsident drei Hammerschläge an den Kaiser ausbringen. Siegerkranz beschließt Volksbeileidigung, Con ist zur Feier des 2. Erzeugnissen westfälischer

* Gelsenkirchen fand Saale des evangelischen zur Heimat, statt.

* Die katholischen lichen Kirchenblatt. Bicarlat unter Gimm unseres hochwürdigsten Juni v. J. den 2. Feste der hl. Apostel lich abzuhalten die Kir in Erinnerung.

* Das Gilsbe einer telegraphischen für die Zustellung stimmungsorte zu en Bestimmung zufolge

* In Graubauer Feuer aus, wodurch zerstört wurde.

Bekanntma

Der Bergmann soll zur Erhaltung führung angehalten u Da sein Aufenthalt wird um Recherche u geben.

Gelsenkirchen, 18. V. der Armen-Vere

Baltmann, Bürger

Bauf

Zur Auffüllung vo für Gebäude aller A Ausführung von Rep Baureparaturen empfi

C. Heise, Bauu

Gelsenkirchen. Kirch

Eine Reihe bei War baldigen Eintritt für Bureau einen

Lehr

mit guter Schulbildung schrift. Offert. unter die Expedition dieses

Gelsenkirch

Schützen

für das Jahr 1

Wilhelm A

Preis 1 M

Erhalte Samstag

schöner

Fasel

Friedrich W

Gelsenkirchen. R

Ein gestifter

R n a

mit guten Schulken als Lehrling eintre unter Nr. 895 die

An der Spitze stehen der große Brasil-Kaufmann Theodor Bille, sodann die Importeure Konrad Heinrich Donner, Emil Adling u. Co., Gebrüder Böhl u. Co. Die Petition wurde nicht öffentlich bekannt gegeben, auch keine Abschriftnahme davon gestattet.

* Soweit bis jetzt bekannt, sind in **Angern** gewählt: 224 Liberale, darunter Ludwig Tiesza, 57 Candidaten der gemäßigten Opposition, 67 Unabhängige, 17 Antisemiten, darunter Professor Carl Neudtwich, 16 Candidaten der nationalen Partei und 11 keiner bestimmten Partei Angehörige.

* **Gelsenkirchen**, 20. Juni. Die Herren Leuzmann (Dortmund) und Dr. Phillips (Mains) wollen unterm 1. Juli ein Wochenblatt, betitelt „Demokratische Blätter“ in Berlin herausgeben. In der Probenummer wird u. a. gesagt: „Die Demokratie will in allen Culturstaaten ein und dasselbe, die wahre Volksherrschaft“, auch heißt es darin: „Insbesondere ist durch die Fusion der alten Fortschrittspartei mit der liberalen Vereinigung in der alten Demokratie, welche an den bewährten Namen Waldeck anknüpft, der Mangel eines solchen Sammelpunktes, eines Organs, welches den demokratischen Grundanschauungen im deutschen Volke Ausdruck gibt, fühlbar geworden.“

Man sollte nun glauben können, wenn die Herren den Namen Waldeck ausrufen, dann müßten sich dieselben auch dessen glühender Liebe fürs Vaterland erinnern. — Hoffentlich wird die Berliner Polizeibehörde aufpassen, um zur rechten Zeit mit dem Socialistengesetz den Weg der beiden neuen Herren von der Presse zu sperren!

* **Breslau**, 19. Juni. Die **Schlesische Katholikerversammlung** findet im September, voraussichtlich am achten und neunten dier statt.

Provinzielle Nachrichten.

* **Gelsenkirchen**, 20. Juni. Auf dem Altenberge soll am nächsten Sonntag nachmittags 2 Uhr die Grundsteinlegung vor sich gehen. Der Ortspfarrer wird eine Ansprache halten und der Winterberger Gesangverein „Auf dem Altenberge“ singen. Dann hält der Comitee-Vorsitzende eine Ansprache, worauf die Kapel mit den Schriftstücken in den Stein gelegt, und derselbe dann verschlossen wird. Herr Regierungspräsident von Mosens wird die ersten drei Hammerschläge ausführen und das Hoch auf den Kaiser ausbringen. Das Lied Heil dir im Siegerkranz beschließt die officielle Feier. Später Volksbelustigung, Concert und Tanz. In Dlsberg ist zur Feier des Tages eine Ausstellung mit Erzeugnissen westfälischer Industrie-Producte geöffnet.

* Gestern fand die Grundsteinlegung zum Saale des evangelischen Vereinshauses, Herberger zur Heimat, statt.

* Die katholischen Blätter schreiben: Im „Amtlichen Kirchenblatt“ bringt das bischöfliche Generalvicariat unter Hinweis auf das Hirtenschreiben unseres hochwürdigsten Herrn Bischofs vom 14. Juni v. J. den Herrn Pfarrgeistlichen die an Feste der hl. Apostel Petrus und Paulus alljährlich abzuhaltende Kirchencollecte für den hl. Vater in Erinnerung.

* Das Gilsbestellgeßb, welches der Absender einer telegraphischen Postanweisung nach Luxemburg für die Zustellung des Telegramms an Bestimmungsorte zu entrichten hat, beträgt neuere Bestimmung zufolge 25 statt 50 Pf.

* In **Graubauerschaft** brach in einem Stall Feuer aus, wodurch glücklicherweise nur das Dach zerstört wurde.

Bekanntmachung.

Der Bergmann **Adam Dill** soll zur Erstattung einer Untersuchung angehalten werden.

Da sein Aufenthalt unbekannt ist, wird um Recherche und Nachricht gebeten.

Gelsenkirchen, 18. Juni 1884.

Der Armen-Verband:
Battmann, Bürgermeister.

Baufach.

Zur Aufstellung von Projecten für Gebäude aller Art, sowie zur Ausführung von Neubauten und Baureparaturen empfiehlt sich

C. Heise, Bauunternehmer,
Gelsenkirchen. Kirchstraße Nr. 21.

Eine Brücke bei Wanne sucht zum baldigen Eintritt für das lausm. Bureau einen

Lehrling

mit guter Schulbildung und Handschrift. Offert. unter Nr. 959 an die Expedition dieses Blattes.

Gelsenkirchener Schützenmarsch

für das Jahr 1884 von
Wilhelm Riente.
Preis 1 Mark.

Erhalte Samstag den 21. eine
schöner Auswahl
Faselschweine.

Friedrich Büscher,
Gelsenkirchen. Rheinelbstr. 9.

Ein gestitteter

Anabe

mit guten Schulkenntnissen kann als **Lehrling** eintreten. Wo, sagt unter Nr. 895 die Exped. B. Bl.

Berlin

3. Quart.

Man abonnirt
Kamtern Deutsch
der Schweiz z.
Pf. für das Vie
bei allen Zeitun
2 Mark 40 Pf.
80 Pf. monatlich
Bringe

Wer sein V
sich vor solchen
abonnire auf d
ragendsten Berli
mentspreis, bei
Inhalte in kein
lämlich und p
interessanten G
namentlich der
und Landesge
es alle beachte
Kammergerichte
weitesten Kreise
Gutsbesitzern z
Diese Ausführli
ständig bargest
allen Abonnente
den Briefkasten
stets die neueste
Artikel unserer
richs-Setzung u
so daß sich diese
sten Blättern D
führen bringt d
durch eine umf
michte Nachrich
Berliner Anku
höchst pikante p
Berliner Publi
Gretanisse.

Prachen

Spielmann,
die neuen Abonn
ständig und gar
den Augen des
wie das Repert
gutes Rassenf

* Am 9. d. M. wurde auf den mittags 11 Uhr 53 Min. von Hamm nach Steele fahrenden Personenzug geschossen und schlug die Kugel durch das Coupé-Fenster eines Wagens 2. Klasse.

* In Dortmund wollte am Samstagabend auf dem Steinsplatz ein achtjähriges Mädchen mittelbar vor einer langsam daherfahrenden Straßen-locomotive das Geleise überschreiten. Das Kind kam hierbei jedoch leider zu Falle und nach wenigen Augenblicken lag es zermalmt als Leiche unter der Maschine. Wie uns berichtet wurde, soll das Kind die Absicht gehabt haben, einem Wagen auszuweichen.

* Die „D. Z.“ schreibt aus Dortmund: Das Dynamitgesetz ist erst vor wenigen Tagen durch den „Reichsanzeiger“ publicirt und heute hat die königl. Staatsanwaltschaft hier aufgrund dieses Gesetzes eine Anklage erhoben. Das betr. Gesetz dürfte dennach in Dortmund seine erste practische Anwendung finden.

* In Münster hat der Herr Bischof von Münster den Stadtdechanten und Pfarrer ad St. Lambertum, Hermann Rappen, zum Ehren-domherrn an der Cathedrafridre ernannt.

* Im Stalle des Landwirts Karl Clever zu Marl bei Alerpe ist ein Kalb jung geworden welches nicht weniger als acht Beine, zwei Augen das dritte war nicht ganz ausgebildet, und zwei Schwänze hat. Das Exemplar, welches tot zur Welt kam, soll in Spiritus aufbewahrt werden.

* Sonn., 18. Juni. Ueber die bereits kurz gemeldete Verhaftung des Raubmörders der Frau Justizrat Karstausen bringt die „Bonner Zeitung“ in einem gestern ausgegebenen Extrablatt folgende nähere Mittheilungen: Peter Dahlhausen, so heißt das Schiefal, ist ein 28 Jahre alter verheiratheter Mensch aus Bingen bei Oberassel (einem Dörfchen welches auf dem Wege von Oberassel nach Stiel-dorf auf der Höhe liegt); er ist von schwächtiger aber feigener Gestalt, hat blonden Haarwuchs und ist Soldat gewesen. Zuletzt war er als Tage-löhner in Königswinter beschäftigt. Die Entdeckung des Mörders wurde indirect dadurch herbeigeführt daß er den Tag vor dem Morde in Königswinter einen Wäschebiebstahl verübt hatte. Bei der Untersuchung, die dieses Diebstahls wegen geführt wurde, fand der Fußgendsdarm Müller aus Königswinter in der Nähe des befohlenen Hauses Spuren von schiefen Schuhabdrücken. Weiter Recherchen, die Müller inbezug auf den Diebstahl veranlaßte, ergaben, daß man den Dahlhausen am Abend des Diebstahls mit einem leeren leinernen Sack in der Gegend, wo die Wäsche gestohlen war, gesehen hatte; ferner, daß derselbe schief getretenes Schuhwerk am betreffenden Abende getragen. Gensdarm Müller nahm infolge dessen am Freitag Morgen in der Wohnung des Dahl-hausen zu Bingen eine Hausdurchsuchung vor, fand Telle der gestohlenen Wäsche und außerdem blutige Wäsche des Dahlhausen. In Erbsen verdeckt fand sich noch eine neue Cylinderuhr vor. Dahlhausen selbst war sehr prople, mit einem neuen Anzuge besetzt, hatte auch zwei Paar neue Schuhe in Besitz. Der Beamte fragte ihn über den Erwerb dieser neuen Kleidungsstücke, sowie der Uhr. D-lehste wollte Dahlhausen für sieben Thaler welche er seiner Mutter gestohlen, gekauft, den Anzug und die Schuhe tags vorher in Bonn von verdienstem Gelde erworben haben. Müller verhaftete nun den Dahlhausen und führte ihn ins Gefängnis nach Königswinter. Bei den verschiedenen Fragen, welche man während der Unter-suchung an Dahlhausen stellte, verwickelte sich der selbe häufig in Widersprüche, welche, im Vere-

Pennements-Einladung
auf die
der Gerichts-Zeitung.

1884. 32. Jahrgang.

Bei allen Postämtern, Oesterreich, für 2 Mark 50 Kreuzer, in Berlin Expeditionen für vierteljährlich, für einschließend des Monats.

Die Berliner Gerichts-Zeitung, in Berlin wie vorgangsweisen in den stürksten Kreisen der Beamten, Gutbesitzer, Kaufleute u. verbreitet, ist bei ihrer sehr großen Auflage für Inserate, deren Preis mit 35 Pf. für die 4gespaltenenZeile sehr niedrig gestellt ist, von ganz bedeutender Wirksamkeit.

Nicht kennt, hat den Schaden zu tragen! Wer Schaden an Ehre und Vermögen bewahren will, „Berliner Gerichts-Zeitung“, die, von den hervor-her Juristen dirigiert, bei ihrem niedrigen Abonnem-reichhaltigen belehrenden und unterhaltenden deutschen Bauhalte fehlen sollte. In volks-mont Darstellungsweise berichtet das Blatt über alle minals und Civilproceße des In- und Auslandes, lernlicher Gerichtshöfe; unterlegt es die neuen Reichs-richte faschlicher, eingehenden Erörterung, und erklärt werten, neuesten Entscheidungen des Reichsgerichts, und Obergerichtsgerichts, deren Kenntnis in den namentlich allen Fabrikanten, Kaufleuten, Haus-u-, selbstverständlich allen Juristen unentbehrlich ist. seit von jedermann durchaus nötiger, sehr leicht-verständliche Belehrung in Verbindung mit dem reichhaltigen, in schwierigen Rechtsfragen kostenfreien Rat erteilen-des anerkannt höchst begabene Feuilleton, welches, besten Romane sowie belehrende und humoristische fischen Schriftsteller enthält, führen der Berliner Ges-angeht eine große Anzahl neuer Abonnenten zu, de mit vollstem Rechte zu den gelesensten, verbreite-lands rechnen darf. — Außer dem vorher Ange-z-Zeitung den Lesern eine Fülle von Unterhaltung-fende Chronik der Berliner Tagesereignisse, von von nah und fern, unparteiische Kritiken über Theater-Novitäten u. c. c. Die ganze eigenartige, litische Rundschau aus der Feder eines der bestbekann-ten orientirt die Leser über alle wichtigen politischen

Bogts Lotting, eine Erzählung von C. ich des größten Beifalls der Leser erfreut, wird allein n der Berliner Gerichts-Zeitung auf Wunsch voll-kostenfrei nachgeliefert. Die Erzählung trittfort rsefers eine „Commodianten“-Geschichte, die lo hundert ist e eines Volkstheaters und so unterhaltend wie ein chendes je vollständigen historischen Wert besitzt.

mit den vorgefundenen blutigen Wäscheftücken, der Verdacht auf Dahlhausen führten, daß er mit den Raubmorde in Verbindung stehe. Mit Bezug hierauf vernommen, leugnete Dahlhausen. Er konnte jedoch nicht nachweisen, wo er am Donnerstag Morgen, zur Zeit, als der Mord wahrscheinlich begangen wurde, gewesen sei. Unterdessen war man seitens der Untersuchung dadurch noch irre an der Thäterschaft des Dahlhausen geworden, daß man in den Händen der Ermordeten Haare von schwarzer Farbe gefunden zu haben glaubte, während Dahlhausen einen dunkelblonden Haarwuchs besaß. Dieser Irrthum klärte sich späterhin auf, man verglich und fand, daß die in den Händen der Frau C. gefundenen Haare in der Farbe mit denjenigen des Dahlhausen übereinstimmten. Die Nacht der sich häufenden Indizien überwältigte aber zuletzt den frechen und verdorbenen Mörders dennoch. Um 2 Uhr gestern, Dienstag Nachmittag legte er ein umfassendes Geständnis ab. Der Mörders sagte aus, er habe Frau C. am Donnerstag Morgen auf der Gasse Walde gesehen und sei direct in der Absicht, sie zu berauben, auf sie zugeeilt. Frau C. habe vor ihm die Flucht ergriffen; er sei ihr jedoch nachgefolgt, habe sie erfaßt und am Halse gewürgt. Nach kurzer Gegenwehr habe er Frau C. ins Gesicht geschleppt und hier die Werttsachen und das Geld an sich genommen. Mit dem letzteren sei er nach Bonn geflohen und habe sich dort die neuen Kleidungsstücke etc. gekauft. Soweit das gestrige Geständnis Dahlhausens. Von dem Cynismus des Mörders legt wohl auch noch das gestrige Nachmittag in Königswinter erzählte Thatsache Zeugnis ab, daß er einem mit ihm gleichfalls inhaftirten Handwerksburschen das wenige Geld, welches der letztere besaß, während der Nacht stahl. Dahlhausen wurde noch gestern Nachmittag 6 1/2 Uhr in Begleitung zweier Gensdarmen und eines Polizisten in geschlossenem Wagen nach Bonn gebracht. Eine erregte Volksmenge verfolgte den Wagen auf der Fahrt durch die Stadt bis zur Arresthaufe, wo der Mörders internirt wurde. Der Proceß dürfte ihm noch in der demnächst beginnenden Affensession gemacht werden. Die Partei, welche sich der Oberassessor Bevölkerung und die dort und in der umliegenden Wohnenden Fremden bemächtigt hatte, war derart gestiegen, daß etwa 20 Familien, welche dort Sommeraufenthalt genommen, bereits abgereist sind. Jetzt, wo es der Umsticht der Behörde gelungen, den scheußlichen Mörders so schnell der sühnenden Gerechtigkeit überliefern, dürfte wieder das so jäh verschundene Gefühl des Friedens und der Siderheit, welches von jeher in den Thälern des Rheins am Siebengebirge geherrscht, Platz greifen. — Daß man sich anfänglich auf falscher Fährte befand, beweist die Bekanntmachung des Ersten Staatsanwalts vom vorgestern, worin es heißt: „Im Verdachte der That steht ein Fremder im Alter von 30—40 Jahren mit kleinen, dunkeln Augen, dunkel-schwarzen Schnurr- und länglichem dünnen Knebelbarte, von mittlerer Größe, gekletter Figur, blaue gelber Gesichtsfarbe, der sich für einen Bayer ausgab und im Gespräche von „Vorster u. Grüneberg“ in Ralk zwei Jahre lang als Chemiker beschäftigt gewesen zu sein behauptete. Derselbe war bekleidet mit kurzem schwarzen Rocke, dunkeln Beinkleide und trug einen schwarzen hohen Filzhut mit schmalem Rande. Die ganze Erscheinung des Mannes war die eines verkommenen Menschen an den besseren Ständen.“ Es wird sodann am Ende die Annahme dieses Menschen gemacht. Man vermutet, daß der Ermordeten außer dem Portemonnaie u.

60—70 M., der goldenen Brille und dem Brillan-
ringe noch ein zweiter Ring mit drei Brillanten
von denen der mittlere größer als die beiden
andern war, in schwarzer Emaille gefaßt, m
geraucht worden ist.

Badische 4% Eisenbahn-Anleihe
Die nächste Ziehung dieser Anleihe findet im 3.
flatt. Gegen den Courseverlust von ca. 3%
Stück bei der Auslosung mit dem niedrigsten Preis
übernimmt das Bankhaus Carl Neuburger, Berl
Französische Straße 13, die Versicherung für e
Prämie von 10 Pf. pro 100 M.

Königl. Preussische Klassenlotterie
(Ohne Gewähr.)
Bei der am 18. Juni fortgesetzten Ziehung
3. Klasse 170. Königlich preussischer Klassenlotterie fiel
2 Gewinne von 6000 M. auf Nr. 45292 5478 2;
Gewinne von 1800 M. auf Nr. 4151 82593 930
10 Gewinne von 300 M. auf Nr. 567 7539 14
14434 41755 47052 51997 59775 65853 90862.
Bei der am 19. Juni beendigten Ziehung fi
Gewinn von 15000 M. auf Nr. 38341; 1 Ge
von 3000 M. auf Nr. 65735; 1 Gewinn von 180
auf Nr. 27037; 5 Gewinne von 900 M. auf
8624 11396 11535 42090 und 49553; 11 Gewinne v
300 M. auf Nr. 11493 18970 38865 42659 43
47759 49498 76509 80899 84415 und 86443.

Börse zu Düsseldorf.
Coursebericht vom 19. Juni 1884.
Berechnung in Mark pro 1000 Kilogr. und, wo ni
anders bemerkt, loco Werf.

A. Kohlen und Coals.

Förder-Gasfoble	6,80—8
Flammfoble	5,60—6
Fettfoble	5,00—5
Maerckfoble	4,40—5
Stückfoble-Flamm	7,50—8
Fettstückfoblen	6,80—7
Gewaschene Rußfoble I	7,00—7
II	6,20—7
(Fett) III	5,20—6
Grußfoble	3,00—3
Coalsfoble	4,00—4
Coals I. Qual.	7,60—9
„ II. „ (Kleincoals)	6,50—7

B. Roheisen.

Spiegelcisen Ia	57,00—60
Weißthrahltes Effen I. Qual.	49,00—50
Luxemburger Roheisen	36
Holzfohlenroheisen	—
Gießereieffen I. Qual.	64,00—66
II.	60,00—62
III.	52,00—54
Epan. Gießereieffen, Marke „Mudela“ loco	—
Ruhrort incl. Zoll	73,00—78
Engl. Roheisen Nr. 3, loco Ruhrort	54 50—55
Engl. Bessmer Effen, Nr. 3, loco	—
Verschiffungshafen	sh. 45,90—46
Epan. Bessmer Effen Marke „Mudela“ cif.	—
Rotterdam	sh. 54,00—55
Deutsches Bessmer Effen	—

C. Stabeisen (Grundpreise).

Gewöhnliches Stabeisen	115,00—120
Feinkorn Effen	140

D. Bleche (Grundpreise).

Gewöhnliche Bleche	155 00—160
Reflebleche	165 00—170
Dünne Bleche	160,00—165

E. Draht.

Walzdraht (Stiftdrahtqualität)	122,00—124
--------------------------------	------------

Der Roheisenmarkt erhält sich bei den Beden
eine für die Sommermonate beträchtliche Höhe
kennzeichnet eine im Allgemeinen ausreichende Thä
keit in fast allen Zweigen der Industrie; nichts be
weniger vollziehen sich Abflüsse nur ädgern. —
Walzwerke find zwar fortbauend beschäftigt, die B
stehen aber unter solchem Druck, daß auch das M
Eisengegeschäst eine bessere Position nicht erreichen ka
für das III. Quartal dauert die Zurückhaltung f
und werden daher Abflüsse nur in geringem Umfa
gethätigt. —

Meteorologische Notizen.
(9 Uhr Vorm.)
19. Juni Bar. 760 mm. Therm. + 12°R.
20. Juni „ 760 mm. „ + 13°R.

Turner-Club.
Samstag, den 21. Juni er.,
abends präcise 8 Uhr:
Erste
Theater-Vorstellung
des Essener Lustspiel-Ensembles.
„Durchlaucht haben geruht.“
Hierauf:
Tanzkränzchen
Nur Mitglieder haben Zutritt.
Die Riste zum Einzeichnen liegt
bis Samstag den 21., mittags 12
Uhr, im Vereinslocale Germania
offen.
Der Fest-Ausschuß.
Evangl. Arbeiterverein
Schalte.
Sonntag, den 22. Juni er.,
vormittags 11 Uhr:
Versammlung der Mitglieder,
welche am 22. den der Fahnen-
weibe und Stiftungsfest Anläß:
steete teil nehmen wollen.
Zu gleicher Zeit kann Aufnahme
neuer Mitglieder sowie Zahlung
der noch rückständigen Beiträge
finden.
Der Vorstand.
Zeige den Benachbarten von Gelsen-
kirchen u. umgegend an, daß ich neben
meinem Vauelgeschäfte mich auch mit
Anlegen neuer
Cement-Trottoirs
beschäftige. Ich werde bestrebt
sein, gute und solide Arbeit zu bil-
ligen Preisen zu liefern und halte
mich bestens empfohlen.
Gelsenkirchen. Fr. Viesefeld.

Bekanntmachung.
Der Bergmann **Adam Döll**
soll zur Erstattung einer Unter-
suchung angehalten werden.
Da sein Aufenthalt unbekannt ist,
wird um Recherche und Nachricht
gebeten.
Gelsenkirchen, 18. Juni 1884.
Der Armen-Verband:
Battmann, Bürgermeister.

Baufach.
Zur Aufstellung von Projecten
für Gebäude aller Art, sowie zur
Ausführung von Neubauten und
Baureparaturen empfiehlt sich
C. Heise, Bauunternehmer,
Gelsenkirchen. Kirchstraße Nr. 21.
Eine Zechе bei Wanne sucht zum
sohlbigen Eintritt für das kaufm.
Bureau einen

Lehrling
mit guter Schulbildung und Hands-
schrift. Offert. unter Nr. 959 an
die Expedition dieses Blattes.

**Gelsenkirchener
Schützenmarsch**
für das Jahr 1884 von
Wilhelm Klenke.
Preis 1 Mark.
Erhalte Samstag den 21. eine
schöner Auswahl
Faselschweine.

Friedrich Büscher,
Gelsenkirchen. Rheinfelbestr. 9.
Ein gefitteter
Rnabe
mit guten Schulkenntnissen kann
als **Lehrling** eintreten. Wo, sagt
unter Nr. 895 die Exped. d. V.

Abonnements-Einladung
auf die

Berliner Gerichts-Zeitung.

3. Quartal 1884. 32. Jahrgang.

Man abonnirt bei allen Post-
ämtern Deutschlands, Oesterreichs,
der Schweiz &c. für 2 Mark 50
Pf. für das Vierteljahr, in Berlin
bei allen Zeitungs-Expedituren für
2 Mark 40 Pf. vierteljährlich, für
10 Pf. monatlich einschließlich des
Bringerlohns.

Wer sein Recht nicht kennt, hat den Schaden zu tragen! Wer
nach vor solchem Schaden an Ehre und Vermögen bewahren will,
abonnire auf die „Berliner Gerichts-Zeitung“, die, von den hervor-
ragendsten Berliner Juristen redigirt, bei ihrem niedrigen Abonne-
mentspreis, bei ihrem reichhaltigen belehrenden und unterhaltenden
Inhalte in keinem deutschen Haushalte fehlen sollte. In vollstän-
dlich und pikantes Darstellungsweise berichtet das Blatt über alle
interessanten Criminal- und Civilproceßes des In- und Auslandes,
namentlich der Berliner Gerichtshöfe; unterzieht es die neuen Reichs-
und Landesgesetze leicht faßlicher, eingehenden Erörterung, und erklärt
es alle beachtenswerten, neuesten Entscheidungen des Reichsgerichts,
Kammergerichts und Oberverwaltungsgerichts, deren Kennniss in den
weltweiten Kreisen, namentlich allen Fabrikanten, Kaufleuten, Haus- u.
Gutsbesitzern &c., selbstverständlich allen Juristen unentbehrlich ist.
Die Ausführlichkeit von jedermann durc aus nöthiger, sehr leichtver-
ständlich dargestellten Belehrung in Verbindung mit dem reichhaltigen,
allen Abonnenten in schwierigen Rechtsfragen kostenfrei Mat ertheilen
den Briefkasten, das anerkannt höchst gezielte Feuilleton, welches
Recht die neuesten, besten Romane sowie belehrende und humoristische
Artikel unserer ersten Schriftsteller enthält, führen der Berliner Ge-
richts-Zeitung unangeseht eine große Anzahl neuer Abonnenten zu,
so daß sich dieselbe mit volstem Rechte zu den gelesesten, verbreitet-
sten Blättern Deutschlands rechnen darf. — Außer dem vorher Ange-
führten bringt die Zeitung den Lesern eine Fülle von Unterhaltung
durch eine umfossende Chronik der Berliner Tages-Ereignisse, ver-
mischte Nachrichten von nah und fern, unparteiische Kritiken über
Berliner Kunst- und Theater-Novitäten &c. &c. Die ganze eigneartige,
höchst pikante politische Rundschau aus der Feder eines der beliebtesten
Berliner Publizisten orientirt die Leser über alle wichtigen politischen
Ereignisse.

Bräuer-Bogts Lotting, eine Erzählung von G.
Spielmann, die sich des größten Beifalls der Leser erfreut, wird allen
neuen Abonnenten der Berliner Gerichts-Zeitung auf Wunsch voll-
ständig und ganz kostenfrei nachgeliefert. Die Erzählung entrollt vor
den Augen des Lesers eine „Comdiante“-Geschichte, die so bunt ist
wie das Repertoire eines Volkstheaters und so unterhaltend wie ein
gutes Roman, während sie vollständigsten historischen Wert besitzt.

G r o ß e

Volks = Versammlung

am Sonntag, 22. Juni, morgens 11½ Uhr,
in der „Germania“.

Tages = Ordnung:

Artenkassen und Invalidenkassen. Die Hirsch-Dunkler-
schen Gewerf-Vereine und ihre Kassen.

Zwei fremde Redner werden Vortrag halten und
wird zur Deckung der Tageskosten 10 Bq. Entree erhoben.

Der Einberußer.

F L O R A,

Gelsenkirchen.

Mittwoch, den 25., Donnerstag, den 26., und
Freitag, den 27. Juni cr. :

Großes National = Concert

der

Ungarischen Bugeuner-Kapelle

unter Leitung des berühmten Violin-Virtuosen Herrn

 **Domby-Caroly** 

aus Furoz Eci. Marton

in ihrem National-Costüm. Anfang abends 7 Uhr.

 Beste und billigste 

 neue deutsche 

Copir-Tinte,

A l e p p o - T i n t e

empfiehlt

F. Dienst, Gelsenkirchen.



**Gelsenkirchener
Turner-Club.**

**Samstag, den 21. Juni er.,
abends präcise 8 Uhr:**

Erste

Theater-Vorstellung
des Essener Lustspiel-Ensembles.
„Durchlaucht haben geruht.“

Hierauf:

Tanzkränzchen
Nur Mitglieder haben Zutritt.
Die Liste zum Einzeichnen liegt
bis Samstag den 21., mittags 12
Uhr, im Vereinslocale Germania
offen.

Der Fest-Aussch.

**Evangel. Arbeiterverein
Schalte.**

**Sonntag, den 22. Juni er.,
vormittags 11 Uhr:**

Versammlung der Mitglieder,
welche am 29. Juni an der Fabrik-
weibe und Stiftungsfest Königs-
stecke teil nehmen wollen.

Zu gleicher Zeit kann Aufnahme
neuer Mitglieder sowie Zahlung der
noch rückständigen Beiträge statt-
finden.

Der Vorstand.

Zeige den Bewohnern von Gelsen-
kirchen u. Umgegend an, daß ich neben
meinem Baugeschäfte mich auch mit

**Anlegen neuer
Cement-Trottoirs**

befähigt. Ich werde befreit
sein, gute und solide Arbeit zu bil-
ligen Preisen zu liefern und halte
mich bestens empfohlen.

Gelsenkirchen. **Fr. Vielesfeld.**

pt
ce:
oi
ab
be

—
tu
tu
m
o:
e
d
No
ein
b
be
en
hyr
ttu
un
ng
ut,
er w
C
in
&
Id
y
h
m

